

L 16

Welchen Plan hat der Senat, um die militärische und technologische Souveränität zu steigern?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Wir fragen den Senat:

1. Was versteht der Senat genau unter dem kürzlich vom Bremer Bürgermeister Bovenschulte formulierten Anspruch, dass Europa militärisch und technologisch unabhängiger sein soll?
2. Welche konkreten Vorhaben sind aktuell in Bremen in Umsetzung, um diese technologische und militärische Souveränität zu fördern?
3. Welche Planungen gibt es in Bremen, militärisch-zivile Zusammenarbeit zu verbessern, Forschung für Militärische Zwecke auch an den Hochschulen zu ermöglichen oder die Ansiedlung von Rüstungsbetrieben in Bremen zu fördern und zu erleichtern?

Zu Frage 1:

Vor dem Hintergrund der veränderten Weltordnung und den Auswirkungen auf die bisherige Sicherheitsarchitektur Europas und damit auch Deutschlands unterstützt Bürgermeister Bovenschulte den in der deutschen Gesellschaft weithin getragenen Konsens, mehr in die Verteidigungsfähigkeit Europas zu investieren und damit militärisch und technologisch unabhängiger zu werden. Die von der Bundesregierung im Frühjahr 2025 initiierte Grundgesetzänderung, die hierfür neben erheblichen Infrastrukturinvestitionen Regelungen und Spielräume geschaffen hat, hat der Senat im Bundesrat mitgetragen.

Die Frage 2 und 3 werden zusammen beantwortet:

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wird im Land Bremen wie andere Branchen als Teil eines innovativen Wirtschaftsstandortes betrachtet und trägt erheblich zur Wertschöpfung und Beschäftigung bei. Förderinstrumente sind grundsätzlich technologieoffen und bewerten Vorhaben nach ihrem Beitrag zu Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Nutzen. Dabei stehen Schlüsseltechnologien wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Robotik, Leichtbau, additive Fertigung und autonome Systeme im Mittelpunkt, die sowohl in zivilen als auch nicht-zivilen Anwendungen genutzt werden können.

Wie auch zu allen anderen Branchen am Standort pflegt der Senat enge Kontakte zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und unterstützt die Unternehmen bei Erweiterung oder Ansiedlung, Innovationsprojekten, Kooperationen und weiteren Standortfragen.

Konkrete Vorhaben werden dabei nicht nach einer militärischen Zwecksetzung bewertet, sondern nach ihrem Beitrag zur technologischen Weiterentwicklung, zur Stärkung von Forschung und Innovation sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land Bremen.

Im Hochschulbereich respektiert der Senat die Wissenschaftsfreiheit der bremischen Hochschulen, die gemäß ihrer Aufgabenstellung ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen und sich entsprechende Zivilklauseln gegeben haben. Diese dem Friedensziel der Landesverfassung entsprechende Orientierung schließt nicht aus, dass Innovationen aus zivil orientierten Forschungsprojekten auch auf sicherheits- und verteidigungsrelevante Kontexte übertragen werden können und die Innovationskraft der Unternehmen am Standort insoweit gestärkt wird.

